

11. Gesamtbetrachtung der Eigentalstrasse

Antrag des Regierungsrates vom 12. Februar 2020 zum Postulat KR-Nr. 269/2014 und Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 15. September 2020

Vorlage 5393c

Ratspräsident Benno Scherrer: Wir haben Kurzdebatte beschlossen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten.

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Heute schreiben wir voraussichtlich das letzte Kapitel dieser bald unendlichen Geschichte «Eigentalstrasse». Seit 2014 beschäftigt sich der Kantonsrat respektive die KPB mit der mittlerweile bekanntesten Landstrasse im Kanton. Mit der Vorlage 5393c beantragt der Regierungsrat, das Postulat 269/2014 betreffend Gesamtbetrachtung Eigentalstrasse, gestützt auf den Ergänzungsbericht des Regierungsrates vom 12. Februar 2020, als erledigt abzuschreiben. Wie anhand des Ursprungsjahrs 2014 des Postulates zu erkennen ist, beschäftigt dieses Geschäft den Kantonsrat beziehungsweise die zuständige Kommission für Planung und Bau schon eine längere Zeit. Die Eigentalstrasse wurde im Januar 2013 wegen grosser Belagsschäden von den drei Standortgemeinden Kloten, Nürensdorf und Oberembrach gesperrt. Geplant war, die Strasse umfassend zu sanieren und wieder zu öffnen. Die Gemeindestrasse verläuft mitten durch ein Naturschutzgebiet von nationaler Bedeutung, darum beschlossen die Standortgemeinden zusammen mit der Baudirektion mit der Sanierung auch flankierende Massnahmen, insbesondere Sperrzeiten während den naturschützerisch wichtigen Jahreszeiten, ein Lastwagenfahrverbot und eine Temporeduktion. Wegen diesem Beschluss wurde eine Anzahl Rekurse eingereicht. Den einen gingen die Massnahmen zu weit, den anderen zu wenig weit. Nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichts wurde im Mediationsverfahren, ein runder Tisch Eigental, die Massnahme erneut bestätigt. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, die Strasse ab 2027 für den motorisierten Verkehr komplett zu sperren und auf einen Radweg zurückzubauen.

Nach erfolgter Beratung des Ergänzungsberichts stimmt eine Kommissionsmehrheit der Abschreibung des Postulates zu. Für sie ist die Antwort des Regierungsrates im Ergänzungsbericht zufriedenstellend. Eine Kommissionsminderheit verzichtete zwar auf einen Minderheitsantrag, lehnt die Abschreibung des Postulates jedoch ab; wir werden die Begründung hören. Aus ihrer Sicht handelt es sich um einen Deal am runden Tisch, was es ja in Tatsache auch ist, und damit um ein Paradebeispiel, wie man das Volk umgehen kann. ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf): Die Eigentalstrasse, ein wahres Politikum. Es ist die Geschichte von drei Gemeinden und wenigen Amtsstellen der Baudirektion Zürich, die am runden Tisch gänzlich am Volk und vor allem an der betroffenen Bevölkerung vorbei hantiert, politisiert, ideologisiert hat; nennen Sie

es, wie Sie wollen. Im Namen des sogenannt übergeordneten Rechts erlaubt sich die Politik, im Hinterkammerchen den fairen, demokratischen Prozess zu umgehen. Von übergeordneten öffentlichen Interesse ist und war nie die Rede. So verwundert dieser ergänzende Bericht der Regierung nicht wirklich. Die Volkswirtschaftsdirektion, Amt für Verkehr, muss nun für die durch die beschlossene Schliessung der Eigentalstrasse noch mehr belastete Strecke Bassersdorf–Kloten eine verkehrstechnische Lösung für den MIV (*motorisierter Individualverkehr*) liefern. Nun ja, sie liefert jetzt eine Lösung, aber sicher in keiner Weise eine zufriedenstellende. Weiter bleibt die Grundsatzfrage, wo der Kanton seine zweitinstanzliche Oberaufsicht in dieser Sache wirklich korrekt wahrgenommen hat und noch wahrnimmt. Dies bleibt im Ergänzungsbericht leider unbeantwortet. Die Eigentalstrasse scheint zumindest für den MIV und somit einen Grossteil der betroffenen Bevölkerung hoffnungslos verloren. Liebe Regierung, liebe mitwirkende Politiker, aber vor allem liebe Eigental-Schliessungs-Initianten, ich bitte Sie, die betroffene Bevölkerung und das Volk nicht und niemals zu unterschätzen. Einen Schritt zurück könnte demnach auch bedeuten, noch einmal Anlauf zu holen. Die Bevölkerung muss gehört werden.

Die SVP/EDU-Fraktion lehnt den Ergänzungsbericht ab. Somit kann immerhin hier und jetzt der Eindruck vermittelt werden, dass sie mit den Massnahmen aller Art in Sachen Eigental nicht einverstanden ist. besten Dank für die Kenntnisnahme.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Noch einmal und noch einmal und noch einmal, die Situation um die Eigentalstrasse war bereits Gegenstand von verschiedenen parlamentarischen Vorstössen. Der Kantonsrat wollte im März 2018 ein Postulat zur Gesamtbetrachtung nicht abschreiben und verlangte vom Regierungsrat einen Ergänzungsbericht zur Schaffung von Ersatzkapazitäten. Die SP unterstützt die Abschreibung. Die Volkswirtschaftsdirektion kommt im Ergänzungsbericht zum Fazit, dass aufgrund der Sperrung der Eigentalstrasse keine Ersatzkapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Gemäss Gesamtverkehrskonzept soll der Verkehr auf den betroffenen Achsen gezielt gesteuert und gelenkt werden. Dies ist nur während der Hauptverkehrszeiten notwendig. In Nebenverkehrszeiten kann der Verkehr weitgehend konfliktfrei abgewickelt werden. Die Eigentalstrasse ist eine Gemeindestrasse, die durch ein Naturschutzgebiet von nationaler Bedeutung führt. Sie belastet trotz temporärer Sperrung ein wertvolles Biotop und gefährdet unzählige Amphibien. Der runde Tisch mit den Umweltorganisationen und den Gemeinden hat eine Kompromisslösung beschlossen, die durch die Gemeinden umzusetzen ist. Es besteht Gemeindeautonomie. Zu einem Entscheid von Gemeindebehörden hätte es keinen Ergänzungsbericht gebraucht. Auch die Zusicherung eines Kostenbeitrags von 50 Prozent an kommunale bauliche Anpassungen durch den Kanton ist nicht selbstverständlich. Immerhin, er trägt dem Gewinn für die Naturwerte Rechnung. Das wertvolle Biotop wird von Strassenstilllegungen profitieren. Ausserdem entsteht dank der Aufhebung der Eigentalstrasse eine einzigartige Radroute.

Der Ergänzungsbericht zeigt: Das Naturschutzgebiet profitiert von den eingeleiteten Massnahmen ohne Ausbau des Leistungsangebotes des MIV. Die SP ist, gestützt auf diesen Bericht, für Abschreibung des Postulates. Danke.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Heute sind wir Teil eines Stückes klassischer Schweizer Demokratie. Den Anfang nahm die Geschichte 2013, als eine Strasse wegen Belagsschäden geschlossen werden musste. Die zuständigen Gemeinden brachten einen Vorschlag zur Sanierung, gegen den aber Rekurse eingingen. Das Verwaltungsgericht entschied dann, dass die im Tal vorhandenen ausserordentlichen Naturwerte zu wenig berücksichtigt worden seien. Darauf gab es einen runden Tisch, bei dem sich die Gemeinden und die Schutzorganisationen unter Beteiligung des Kantons auf einen Kompromiss einigten. So weit, so gut. Es wurde gestritten und dann hat man sich geeinigt, echt schweizerisch eben. Zum Kompromiss gehört unter anderem, dass die Strasse 2027 für den Autoverkehr geschlossen wird. Das will eine Gruppe Leute einfach nicht wahrhaben, und diese Gruppe beschäftigt nun die kantonale Politik. Das ist durchaus politisch legitim. Es ändert aber nichts daran, dass es hier um eine Gemeindestrasse geht und dass hier der Kanton nur in Nebenaspekten in der handelnden Rolle ist. So ist es gut, dass wir heute auf kantonaler Ebene nach einem Bericht der Regierung und auch noch einem Zusatzbericht zu einem vorläufigen Ende kommen, indem wir das Postulat abschreiben. Jedenfalls stimmen wir Grünliberalen der Abschreibung des Postulates zu.

Trotzdem spreche ich von einem vorläufigen Ende. Ich bin nämlich ziemlich sicher, dass in dieser Sache weitere Versuche folgen werden, den Kompromiss zu kippen. Diese Versuche werden wohl auch die kantonale Politik beschäftigen, obwohl es immer noch um eine Gemeindestrasse geht. Bemerkenswerterweise sind es in diesem Fall ja diejenigen, die bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit das Hohelied der Gemeindeautonomie singen, die die Gemeinden übersteuern wollen. ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Schon seit 2013 ist diese Strasse durch das Eigental ein Politikum. Es handelt sich um eine Gemeindestrasse, welche mitten durch ein Amphibien-Laichgebiet von nationaler Bedeutung geht. Mit dem Zusatzbericht wurde dargelegt, wie und in welchen Zeitfenstern rechtzeitig die entsprechenden Ersatzkapazitäten geschaffen werden können. Es soll aufgezeigt werden, wie nach der Schliessung der Eigentalstrasse ein angemessener Verkehrsfluss des motorisierten Individualverkehrs sowie des Schwerverkehrs gewährleistet werden kann. Der Zusatzbericht erfüllt diesen Auftrag, weshalb die Grünen das Postulat abschreiben. Die Minderheit, die SVP, «täubelet» und lehnt den Bericht ab. Natürlich ist es ausserordentlich, dass eine Strasse im Kanton aufgehoben und rückgebaut wird. Wir erwarten, dass die Strasse ab 2027, wie vorgesehen, geschlossen und zurückgebaut wird, um das Naturschutzgebiet aufzuwerten. Für den Naturschutz im Kanton Zürich ist es ein wichtiger erster Schritt, es darf auf keinen Fall der letzte sein. Die Biodiversität ist die Existenzgrundlage für Menschen und für die Wirtschaftsleistung eines Landes. Sie erbringt unverzichtbare

Leistungen von hohem ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wert. Nach wie vor sind in der Schweiz mehr als ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht. Die Natur braucht mehr Raum. Damit im Kanton Zürich eine ökologische Infrastruktur erstellt werden kann, welche dem Artensterben Einhalt gebieten kann, muss noch manche Anstrengung vollbracht werden.

Regierungsrat Martin Neukom: Das Eigental ist ein Naturschutzgebiet von nationaler Bedeutung und es ist nun einmal so, dass sich Naturschutzgebiete und Strassen, die mittendurch gehen, schlecht miteinander vereinen lassen und schlecht kompatibel sind. Die Amphibien wandern über diese Strasse und ohne Massnahmen ist die Überlebenschance dieser Amphibien, die über die Strassen wandern, relativ gering. Es handelt sich also um eine klassische Interessenabwägung zwischen einerseits Naturschutz und andererseits den Bedürfnissen von Menschen, die mit ihrem Auto von A nach B fahren wollen, also um die persönlichen Bedürfnisse des Individualverkehrs. In diesem Falle hat man sich für den Naturschutz entschieden, und ich kann Ihnen sagen: Die Interessenabwägung bezüglich Natur und Strassenverkehr war schon genügend oft zugunsten des Strassenverkehrs ausgefallen. In diesem Fall ist es eine Einschränkung der freien Fahrt zugunsten der Natur, und es ist daher auch nicht überraschend, dass dies bei Teilen des Kantonsrates auf Widerstand stösst, wir haben bereits schon mehrere Vorstösse zum Thema.

Es wurde eine Lösung gefunden – an einem runden Tisch – und durch die Gemeinden rechtskräftig festgesetzt. Es ist nun halt mal so, dass die Gemeinden über die Gemeindestrassen befinden. Das Amt für Verkehr liess noch verkehrstechnische Grundlagen erarbeiten, die zeigen, wie der Verkehrsfluss auch ohne die Eigentalstrasse gewährleistet werden kann. glücklicherweise handelt es sich um eine Gemeindestrasse, die ein relativ geringes Verkehrsaufkommen hat. Ich bitte Sie, dieses Postulat abzuschreiben. Besten Dank.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 269/2014 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.